

Thema 1948-68: Die zweite deutsche Republik, Jahre des Aufbaus und des Wandels

Sehr geehrte Damen und Herren,

an den Anfang meiner Ausführungen möchte ich ein paar bemerkenswerte Gedanken zweier Politiker stellen. Es sind dies Aussagen von



von Erich Ollenhauer (SPD) und Konrad Adenauer (CDU).

Erich Ollenhauer sagte u.a.: „Es gibt kein Zurück zum November 1918 und zur Republik von Weimar... Es ist wichtig für die Arbeiterklasse, die politische Macht zu erkämpfen, aber noch wichtiger ist es, sie zu behaupten und zielbewußt anzuwenden....“ – Und die Forderungen der CDU unter ihrem Vorsitzenden K. Adenauer lauteten u.a.: „Die Vergesellschaftung des Bergbaus und der eisenschaffenden Großindustrie, Entmachtung und strenge Kontrolle aller Großbanken und Konzerne, gesetzliche Begrenzung des privaten Wirtschaftsbesitzes, wobei keiner Familie mehr als 10 Prozent eines Unternehmens gehören sollten, innenbetriebliche Mitbestimmung und Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer...“

Doch nur wenig von alledem ist wirklich umgesetzt worden. Z.B. die Macht der Konzerne und Großbanken stieg ins Unermessliche – die alte Geld- und Machtelite behielt, ja verstärkte noch ihren Einfluss. – Heute bemüht man sich allerdings um Verbesserungen!

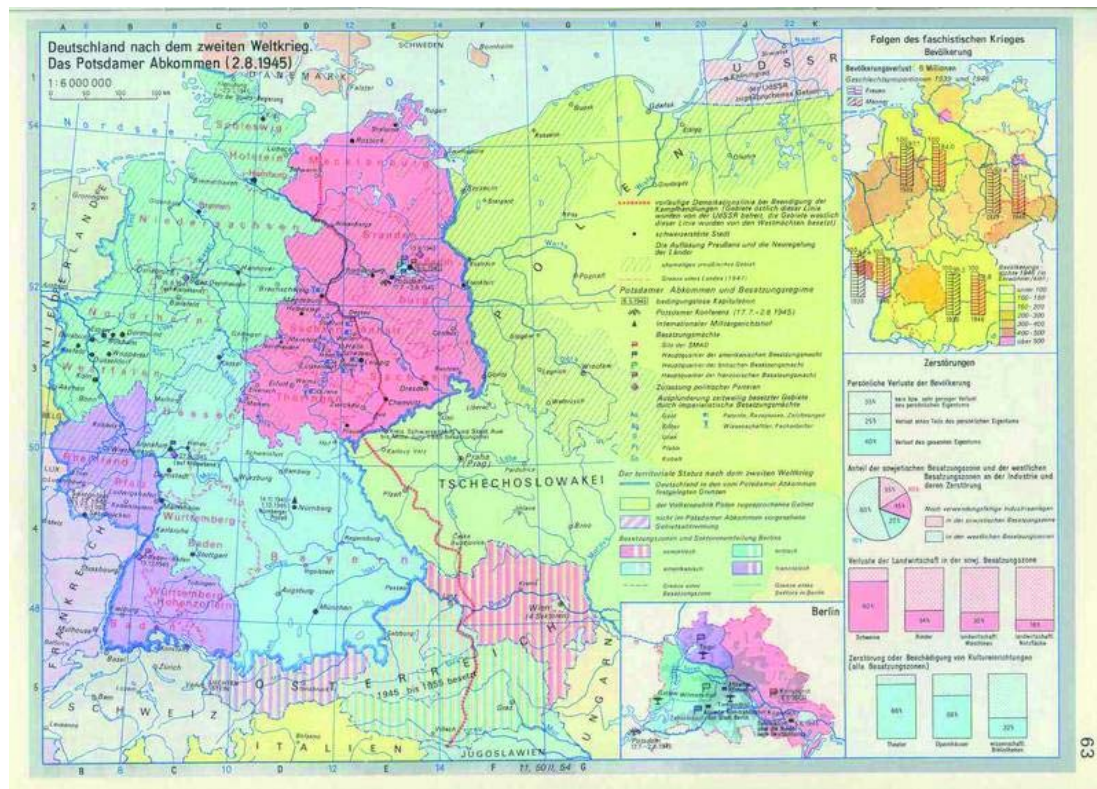
Soweit ein paar bedenkenswerte Vorbemerkungen

Zur Erinnerung:

Wie bekannt, teilten die Siegermächte in der Konferenz von Potsdam Juli/August 1945 Deutschland in vier Besatzungszonen ein. Z.B. Amerikanische Zone: Bremen, Hessen, Nordwürttemberg-Nordbaden und Bayern, das jedoch die Pfalz an Rheinland-Pfalz abtreten musste. Die ehemalige Reichshauptstadt Berlin wurde in 4 Sektoren aufgeteilt und von einem alliierten Kontrollrat gemeinsam verwaltet.



Ein folgenreicher Beschluß war die Westverschiebung Polens und die Festlegung der Oder-Neiße-Linie als Deutsch-Polnische Grenze.



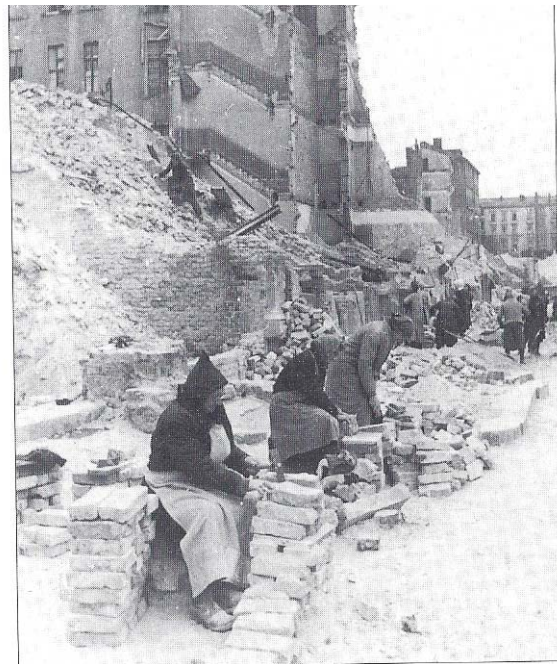
Verbunden damit war die Vertreibung der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und aus Ungarn. Insgesamt etwa 12 Mio. Flüchtlinge und Heimatvertriebene mussten 1945/46 im Not leidenden Deutschland aufgenommen werden.

Bald nach Kriegsende traten die politischen und weltanschaulichen Gegensätze zwischen der Sowjetunion und dem demokratischen Westen deutlich hervor. Allgemein änderten die Westalliierten ihre Politik gegenüber Russland. An die Stelle der bisherigen Kooperation trat eine Politik der Unnachgiebigkeit und begrenzten Konfrontation. Es begann die Zeit des „Kalten Krieges“.

Das besiegte Deutschland hatte unter den Nachwirkungen des Krieges besonders stark zu leiden: Zerstörte Städte, Industrieanlagen vernichtet oder zur Demontage bestimmt, in der Landwirtschaft fehlten die Arbeitskräfte, Millionen deutsche Kriegsgefangene blieben weiterhin in Gewahrsam der Siegermächte und mussten dort schwere Wiederaufbauarbeit leisten. In Deutschland herrschte bittere Not; es fehlte an allem: Lebensmittel, Wohnraum, Heizung.... Mit Hamsterfahrten und Kohlendiebstahl versuchte man zu überleben; der Schwarzmarkt blühte... Die Frauen in Deutschland hatten dabei die Hauptlast zu tragen, die sog. Trümmerfrauen.



31.1 Wohnen in einem Haus mit fehlender Außenwand, München 1946



31.2 Eine Alltagsszene 1945 in Berlin. Nach Kriegsende verpflichteten die Alliierten vornehmlich Frauen um den Trümmerschutt der zerstörten deutschen Städte wegzuräumen.

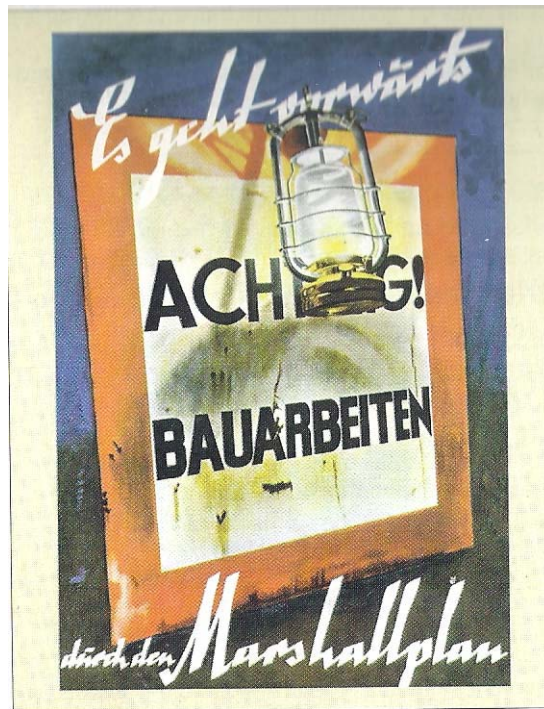


32.1 Schulspeisung an einer Hamburger Schule im Jahr 1946. Als Folge des Hoover-Berichts erhielten ab 1947 in der nun vereinigten britischen und amerikanischen Zone (Bi-Zone) alle Kinder täglich eine warme Mahlzeit.



33.1 Auf der Jagd nach ein paar Brocken Kohle

Wirtschaftliche Hilfe bekam Europa – auch das besiegte Deutschland – durch den sog. Marshallplan (1947), benannt nach dem amerikanischen Außenminister George Marshall. Marshall ging es um die wirtschaftliche und damit zugleich politische Gesundung ganz Europas. Bis zum Jahr 1952 flossen etwa 15 Milliarden Dollar als Material- und Nahrungsmittellieferungen nach Europa, davon fast 1,5 Milliarden nach Deutschland. Verbunden damit war das Ziel, ein politisch starkes Gegengewicht zur kommunistischen Sowjetunion in Europa zu schaffen.



46.1 Ein Plakat aus dem Westen Deutschlands zeigt die Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Aufschwung, die mit dem Hilfsprogramm verbunden war.

Die Sowjetunion lehnte den Marshallplan für sich und die von ihr kontrollierten osteuropäischen Länder ab. Sie versprach sich bessere Chancen für die Ausbreitung des kommunistischen Systems, solange eine gewisse wirtschaftliche Notlage herrschte. Um die Marshallplanhilfe nutzen zu können und die Inflation zu stoppen, wurde in den westlichen Besatzungszonen im Juni 1948 eine Währungsreform durchgeführt.



47.1 Am Tage nach der Währungsreform füllten plötzlich lang vermisste Waren wieder die Schaufenster. Für gute Ware gab es „gutes“ Geld. Der Schwarzmarkt verschwand.



B 8 Die Währungsreform bewirkte, daß sich nach dem 20. Juni 1948 die Schaufenster in Westdeutschland wieder füllten.

Jeder Bewohner der Westzonen erhielt am 20. Juni 1948 40.- Deutsche Mark, im August weitere 20.- DM gegen 60 „alte“ Reichsmark, Sparguthaben wurden im Verhältnis 100 Reichsmark zu 6,50 DM umgewechselt.

Zwei Tage später erfolgte auch in der SBZ eine Währungsreform im Verhältnis 10 : 1 (10 Reichsmark = 1 DM-Ost), dies sollte nach den Anweisungen des sowjetischen



46.2 Ein Propagandaplakat aus dem Jahr 1947 zeigt die offizielle Ablehnung des Marshallplans in der SBZ.

Oberbefehlshabers auch in ganz Berlin gelten.

Als die Westmächte diese Anordnung zurückwiesen und die DM-West in ihren drei Berliner Sektoren einführten, sperrten sowjetische Streitkräfte am 24. Juni 1948 alle Straßen, Eisenbahnen und Wasserwege von Westdeutschland nach Berlin. Sie unterbanden auch die Zufuhr von Strom und frischen Lebensmitteln aus der Ostzone für 2,2 Mio. Westberliner. Durch diese Maßnahmen sollte die Stadt ausgehungert und die Westmächte zu Abzug aus Berlin gezwungen werden.

Doch Stalins Absicht, ganz Berlin unter seine Kontrolle zu bringen, scheiterte an der Unnachgiebigkeit der Amerikaner. Sie entschlossen sich, durch eine Luftbrücke die Versorgung der Bevölkerung Westberlins mit den notwendigen Gütern zu gewährleisten. In rund 280000 Flügen brachten amerikanische und britische Transportflugzeuge – die Rosinenbomber – in 11 Monaten über 2 Mio. Tonnen Lebensmittel, Kohle und andere Güter nach Westberlin.

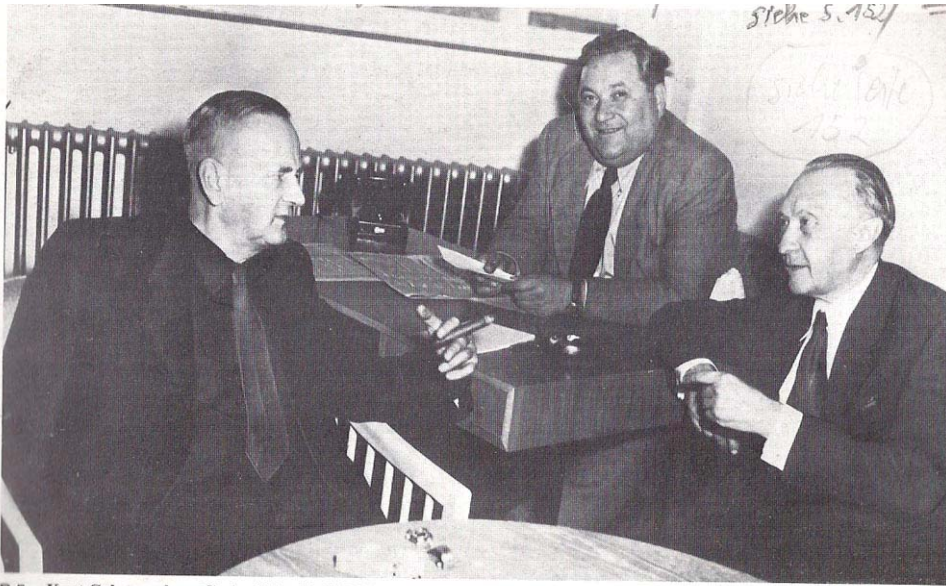


50.1 Landung eines alliierten Transportflugzeuges auf dem Flughafen Tempelhof. 67 Prozent der transportierten Güter waren Kohlen; bei durchschnittlichen Transportkosten von 400 DM pro Tonne kann man sicherlich vom teuersten Kohlentransport der Weltgeschichte sprechen.

Als die UdSSR sah, dass die Blockade nicht den gewünschten Erfolg hatte, gab sie am 12. Mai 1949 die Verkehrswegen nach Berlin wieder frei.

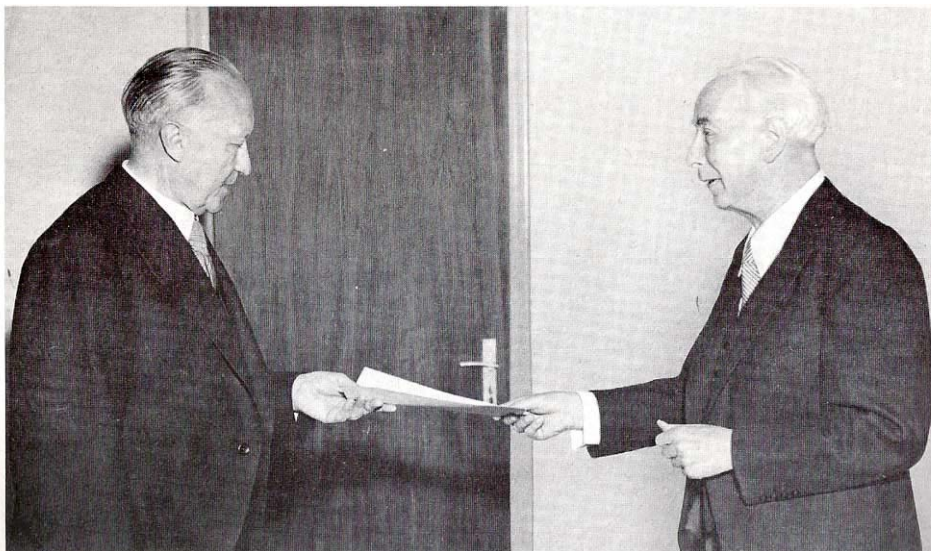
Die Blockade erzeugte in der westdeutschen Bevölkerung eine starke Stimmung gegen die Sowjetunion und den Kommunismus; gleichzeitig verstärkte sie die Sympathien für Amerikaner und Briten. Auch bei den Westmächten war das Gefühl lebendig geworden, dass sie gemeinsam mit den Westberlinern die Freiheit verteidigt hatten. Bei den Versorgungsflügen kamen 40 Engländer, 31 Amerikaner und 5 Deutsche ums Leben. Das Luftbrückendenkmal am Flughafen Tempelhof erinnert an diese Opfer.

Noch während der Blockade Berlins drängten die drei westlichen Militärgouverneure die Ministerpräsidenten der Länder, den Aufbau eines demokratischen Staates aus den drei Westzonen vorzubereiten. Zunächst tagte in Herrenchiemsee ein Verfassungskonvent der Länder. Am 1. September 1948 trat in Bonn der sog. Parlamentarische Rat zusammen, dessen 65 Mitglieder von den Parlamenten der 11 westdeutschen Länder gewählt worden waren. Zum Präsidenten wurde der Vorsitzende der CDU in Nordrhein-Westfalen, K. Adenauer gewählt. Aufgabe des Parlamentarischen Rates war die Schaffung einer Verfassung für den neu zu gründenden Staat.



B 5 Kurt Schumacher, Carlo Schmid (SPD) und Konrad Adenauer (von links nach rechts)

Am 23 Mai 1949 konnte das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verkündet werden. Im August 1949 finden die Wahlen für den ersten Bundestag statt. Erster Bundespräsident wird Theodor Heuss (FDP), erster Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU).



B 11 Bundespräsident Heuss überreicht am 16. September 1949 Konrad Adenauer die Ernennungsurkunde zum Bundeskanzler.

Zu K. Adenauer (1876-1967) = 91 Jahre

1949 Bundeskanzler mit 73 Jahren

Bundeskanzler bis 1963, d.h. er war bis zum 87. Lebensjahr Bundeskanzler

Gründung der DDR 7. Oktober 1949

Die Ära Adenauer ist gekennzeichnet durch die Wiedererlangung der deutschen Souveränität, die Aussöhnung mit Frankreich und die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in das freie Europa. Eine dauernde Aussöhnung zwischen Deutschen und Franzosen strebte der deutsch-französische Freundschaftsvertrag 1963 an: Er sah Konsultationen in wichtigen

Fragen vor. Darüber hinaus sollten persönliche Begegnungen durch Austausch von Schülern und Studenten dazu beitragen, gegenseitige Unkenntnisse und Vorurteile abzubauen.



In seiner Ostpolitik bestand Adenauer auf den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland und forderte freie Wahlen in ganz Deutschland als Voraussetzung zur Wiedervereinigung.

Auf Einladung Nikita Chruschtschows reiste Adenauer 1955 nach Moskau, um über die Wiedervereinigung zu verhandeln darüber konnte man sich aber nicht einigen. So hatte der Moskaubesuch Adenauers 1955 nur das Ergebnis, dass die BRD für die Rückkehr von 10 000 Kriegsgefangenen diplomatische Beziehungen zur UdSSR aufnahm.



82 Nach Unterzeichnung eines deutsch-sowjetischen Übereinkommens im September 1955 reichen sich Bundeskanzler Dr. Adenauer und Ministerpräsident Bulganin die Hände.

Währungsreform und Marshallplan schufen die Grundlage für die Wiederbelebung der Wirtschaft in der BRD. Umstritten war zunächst die künftige Wirtschaftspolitik. Nach teilweise harten Auseinandersetzungen mit der SPD, den Gewerkschaften und auch seiner eigenen Partei, setzte Wirtschaftsminister Prof. Dr. Ludwig Erhard (CDU) die „Soziale Marktwirtschaft“ (1949) durch. – Sie will Freiheit mit sozialer Gerechtigkeit verbinden. Sie überlässt nicht alles dem freien Spiel der Kräfte. Sie behält sich eine gewisse staatliche Steuerung vor; z.B. Investitionshilfen für in Schwierigkeiten geratene Industrien; festgesetzte Erzeugerpreise; Schutz der sozial Schwächeren durch eine entsprechende Sozialgesetzgebung u.a.m.

Das von Ludwig Erhard vertretene System der sozialen Marktwirtschaft leitete einen wirtschaftlichen Aufschwung Westdeutschlands ein, den man später als das „deutsche Wirtschaftswunder“ bezeichnete.



Die zunehmende Ausweitung des sowjetischen Machtbereichs führte im Westen zu verstärkten Bemühungen um eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Dabei wurde auch ein Verteidigungsbeitrag der BRD ausführlich diskutiert. Dies führte zu heftigen innenpolitischen Diskussionen, denn die Mehrheit der Bevölkerung lehnte eine



81.1 Demonstration gegen die Wiederbewaffnung auf dem Nürnberger Hauptmarkt 1950

Wiederbewaffnung ab. Trotzdem setzte sich Adenauer durch. Am 5. Mai 1955 trat die BRD der NTO bei und das Besatzungsregime in Deutschland war damit beendet. 1956 wurde die allgemeine Wahrpflicht eingeführt, F.J. Strauß war von 1956 bis 1962 Verteidigungsminister.



Werbeplakat für die Bundeswehr aus dem Jahr 1955

Ein erster Schritt zu einer wirklich engen überstaatlichen Zusammenarbeit wurde mit der Gründung der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ = Montan-Union getan, die 1952 in Kraft trat und einen gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl schuf. Sie beruht im wesentlichen auf Plänen des damaligen französischen Außenministers Robert Schumann. Die Montan-Union umfasste die Länder Frankreich, Italien, Westdeutschland und die BENELUX-Staaten. Diese sechs Mitgliedsländer der Montan-Union beschlossen die Einigung auf wirtschaftlichem Gebiet auszubauen. Mit den am 25. März 1957 in Rom unterzeichneten Verträge gründeten sie eine „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ = EWG und die „Europäische Atomgemeinschaft“ = EURATOM.



194.1 Unterzeichnung der Verträge in Rom am 25. März 1957. In der ersten Reihe als Zweiter von rechts sitzend: Bundeskanzler Konrad Adenauer

Diese Römischen Verträge traten dann am 1. Januar 1958 in Kraft – 1967 Europäische Gemeinschaft = EG – seit dem Maastricht-Vertrag 1992 EU = gemeinsame Außen-Sicherheit-Umwelt-Währungspolitik, Asyl – Einwanderungspolitik...

Nach der Vorstellung der USA sollte in Deutschland Demokratie von unten wachsen.

Nachdem sich auch in Bayern demokratische Parteien wieder organisiert hatten, wählte die bayerische Bevölkerung 1946 zunächst ihre Gemeinde- und Kreisvertreter, später dann eine verfassungsgebende Landesversammlung, die eine demokratische Verfassung für Bayern ausarbeiten sollte. Diese wurde per Volksentscheid von der Mehrheit der Wähler bestätigt.

Damit konnte die Verfassung des Freistaates Bayern 1946 in Kraft treten. – Amerikanische Militärverwaltung Fritz Schäffer (BVP), Probl. Entnazifizierung Wilh. Högner (SPD), erster gewählter MP = Heinz Ehard (CSU) 1945/46 und 1954-57.



B 6 Wilhelm Hoegner (SPD), 1945–46 und 1954–57 bayerischer Ministerpräsident



B 7 Hans Ehard (CSU), 1946–54 und 1960–61 bayerischer Ministerpräsident

Besondere Merkmale in der bayerischen Verfassung sind die Einrichtung von Volksbegehren und Volksentscheid. Damit kann das Volk in Bayern in bestimmten Fällen das Gesetzgebungsverfahren direkt beeinflussen.

Seit 1950 hat sich Bayern sehr rasch vom Agrarstaat zum modernen Industriestaat gewandelt. Es entwickelte sich zu einem Land mit modernsten Industriebetrieben,



157.1 Blick auf das extravagante Verwaltungsgebäude eines Automobilherstellers in München

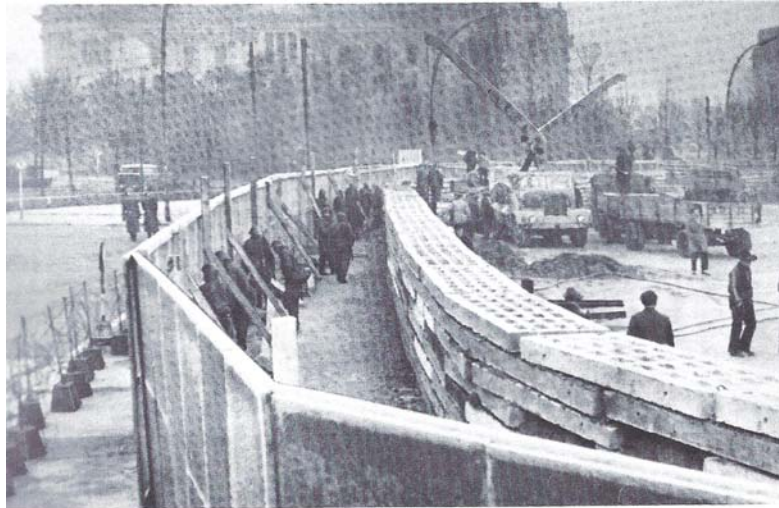
Grundlagenforschung, Mikroelektronik und Hochtechnologie. – Beispiele dafür sind: das Max-Planck-Forschungsinstitut in München, große Autohersteller, Maschinenfabriken, Flugzeugwerke und Computerfirmen.

Die Menschen in der DDR klagten nicht nur über Unfreiheit und Bevormundung, sondern auch über die schlechten Lebensbedingungen in ihrem Land. Als dann Walter Ulbricht Ende Mai 1953 veranlasste, dass die Arbeitsnormen in Industrie und Bauwesen um 10 % bei gleicher Bezahlung – z.T. auch gekürzte Löhne – erhöht wurden, kam es zu Unruhen in der DDR. Am 17. Juni 1953 demonstrierten und streikten Arbeiter in Ostberlin und in über 300 Orten in der DDR. Dieser Aufstand wurde von der Volkspolizei und von russischen Panzern blutig niedergeschlagen, er forderte 21 Tote und ca. 187 Verletzte. Die BRD erklärte den 17. Juni zum „Tag der deutschen Einheit“.



Durch das Westfernsehen und persönliche Kontakte erfuhren die Bürger in der DDR vom Wohlstand und vom freien Leben in der BRD. Immer mehr Menschen entschlossen sich zur Flucht. Allein bis August 1961 flüchteten über 200 000.

Am 13. August 1961 begannen Volkspolizisten und Soldaten der Nationalen Volksarmee, Ostberlin durch Stacheldraht und Betonmauern vom Westteil der Stadt abzuschließen. Die Berliner Mauer teilte die Stadt in unnatürlicher Weise in zwei Teile. .

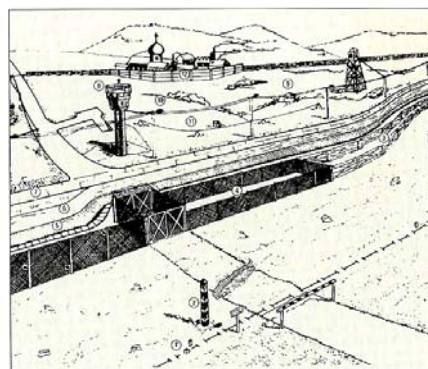


165 Arbeiter und Soldaten beim Bau der Berliner Mauer



165.1 Berliner Mauer in Treptow (Ost) gegenüber dem Bezirk Neukölln

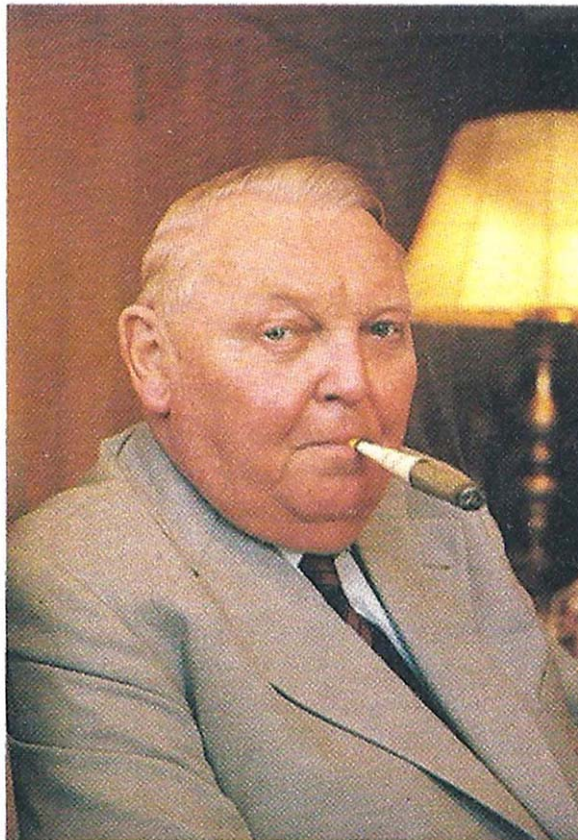
An der gesamten innerdeutschen Grenze errichtete man ebenfalls perfekte Spreeanlagen, die in den folgenden Jahren zwischen Ostsee und Fichtelgebirge zu einem modernen Grenzsicherungssystem ausgebaut wurden. (Markierungssäule, Metallgitterzaun, Selbstschussanlage, Stacheldraht, Beobachtungsturm, Lautsprecher, Hundelaufanlage, Lichtanlage, Minengürtel....)



166.1 Die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten: ① eigentlicher Grenzverlauf; ② DDR-Markierungssäule; ③ Stacheldraht, zweireihig; ④ Metallgitterzaun mit Selbstschussanlage; ⑤ Spurensicherungstreifen 6 m; ⑥ Kolonnenweg; ⑦ Kfz-Sperrgraben; ⑧ betonierter Beobachtungsturm; ⑨ Betonbeobachtungsbunker; ⑩ Lautsprecher und Lichtanlagen; ⑪ Hundelaufanlage; ⑫ Betonspermauer/Sichtblende

Trotz dieser ausgeklügelten Konstruktionen wagten immer noch DDR-Bürger die Flucht in den Westen. Bis 1989 überwandten rund 41 000 DDR-Bürger diese Sperranlagen. Ungefähr 80 Fluchtversuche endeten tödlich.

Im Oktober 1963 trat K. Adenauer als Bundeskanzler zurück. Nachfolger wurde Wirtschaftsminister Ludwig Erhard.



Bundeskanzler Ludwig Erhard (1963–1966)

Erhards Koalitionsregierung mit der FDP zerbrach aber, als die 1966 die wirtschaftliche Lage verschlechterte. Zur Behebung der Krise wurde die neue Regierung von einer großen Koalition aus CDU/CSU und SPD gebildet: Bundeskanzler K.G. Kiesinger (CDU), Vizekanzler und Außenminister Willy Brandt (SPD).

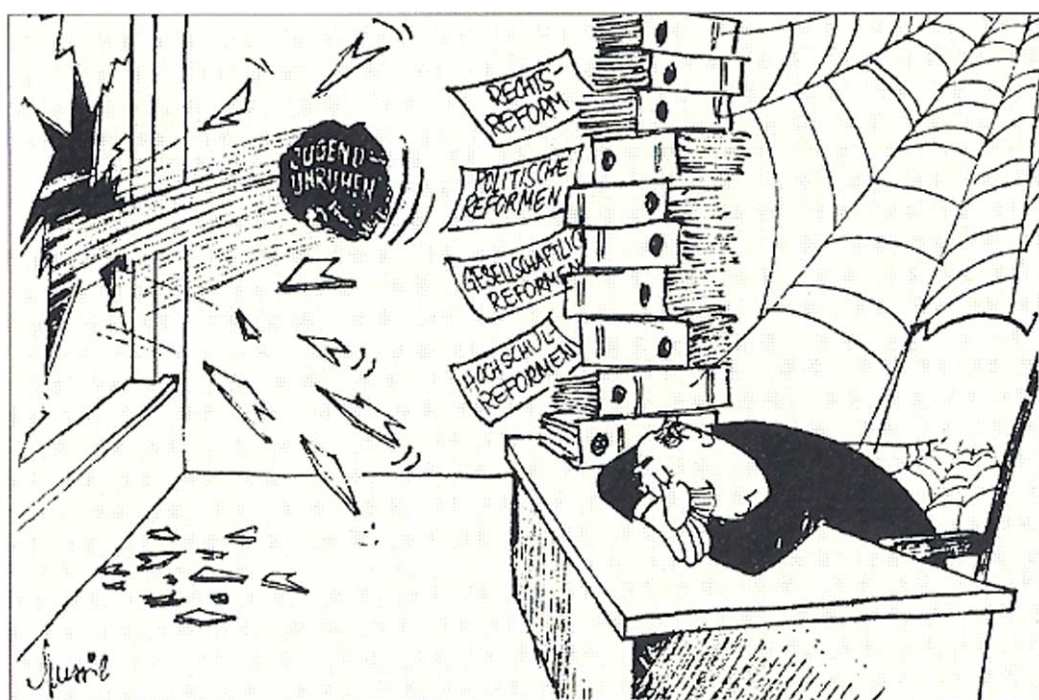


Da es aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag 446 Abgeordnete gegen 50 Abgeordnete der Opposition (FDP) keine wirksame Opposition mehr im Parlament gab, bildete sich ein „außerparlamentarische Opposition“ = APO.

Studenten protestierten gegen die Notstandsgesetze, gegen den Vietnam-Krieg, gegen die ausufernde Konsumgesellschaft, gegen bürgerliche Gesellschaft: „Trau keinem über 30!“, gegen traditionelle Moralvorstellungen, gegen Militärdiktaturen ... für Hochschulreformen u.a.m.



150.3 Bei einer Feier in der Hamburger Universität demonstrierten Studenten gegen die veralteten Zustände an den Hochschulen (Talare sind knöchellange Festgewänder von Hochschullehrern).



151.1 Eine Karikatur stellt den „frischen Wind“ der aufmüpfigen Jugend dar. Das Establishment (d.h. die Schicht der politisch und wirtschaftlich Einflussreichen) wird unsanft geweckt.

Bei einer Demonstration anlässlich des Staatsbesuchs des iranischen Schahs wurde der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen. Massendemonstrationen waren die Folge. Das Attentat auf den APO-Sprecher Rudi Dutschke, bei dem dieser schwer verletzt wurde, führte bei den folgenden Protestaktionen zu neuen heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den Demonstranten.



153.1 Massendemonstration in München nach dem Tod von Benno Ohnesorg



B 10 Studentendemonstration in Westberlin. Dritter von links: Rudi Dutschke

In den späten Sechzigerjahren veränderte sich die Rolle der Frau: z.B. Ehe- und Familienrecht, im Scheidungsrecht wurde das Schuldprinzip vom Zerrüttungsprinzip abgelöst. Im Arbeitsrecht wurde Gleichbehandlung am Arbeitsplatz garantiert – 1975 „Jahr der Frau“ / 8. März 2000 „Internationaler Frauentag“

Das Leben der Menschen hat sich in vielen Bereichen verändert:



186.1 Das Fernsehen als Sensation: eine öffentliche Testvorführung in Berlin-Schöneberg aus dem Jahr 1951



190.2 Ein Kabinenroller. Mit diesen einfachen und billigen Fahrzeugen begann die Motorisierungswelle in der Nachkriegszeit.



188.1 Ein Traum wird Wirklichkeit: Mit dem eigenen Auto in den Urlaub fahren!

Massenmedien (Zeitungen, Illustrierte, ab 1950 Fernsehen, 1b 1967 Farbfernsehen usw.), Massenmotorisierung, mit dem eigenen Auto in den Urlaub fahren, Modetrends, Minimode, Jeans, Punkbewegung... Pop-Musik: Rock'n'Roll-Stars der Fünfzigerjahre wie Elvis Presley oder Bill Haley. Die Beatles wurden in den Sechzigerjahren (1967) mit ihrer Musik, Kleidung und Haartracht zu Idolen der Jugendlichen.



187.1 Neuester Trend 1956: ein nachtblaues Kleid im sog. A-Schnitt, ergänzt durch Hut, Handschuhe und Pumps in Weiß



187.3 Typisch gestyltes Punkmädchen. Die Punkbewegung hatte ihren Höhepunkt in den Siebziger- und Achtzigerjahren.



187.2 Demonstration in den Sechzigerjahren für die neue Minimode in München



189.1 Die „Beatles“ 1967. In den Sechzigerjahren wurden sie mit ihrer Musik, Kleidung und Haartracht zu Idolen der Jugendlichen.

Die 68-Generation hat viele verkrustete Strukturen in unserer Gesellschaft aufgebrochen: In der bleiernen Adenauer-Zeit durfte eine Frau z.B. nur den Führerschein machen, wenn ihr Ehemann dies erlaubte; oder dieser Kuppelei-Paragraf: Jedem, der einen Mann bei seiner 18-jährigen Tochter übernachten ließ, drohten sechs Jahre Zuchthaus. Dieser Paragraf stammte noch aus der Kaiserzeit; oder vergewaltigte Frauen, die sich bei der Polizei ein „selbstschuldig“ abholen durften, mehr nicht.

1968 war ein Wendepunkt in der Geschichte. Es ging nicht nur darum, Barrikaden zu errichten und Steine zu werfen. Die jungen Leute einte eine gemeinsame Sache: der Kampf gegen Rassismus, Imperialismus und Unterdrückung; der Protest gegen den Vietnamkrieg (1960-73), gegen den Irak-Krieg....

Die neue, globale Revolution muß eine Revolution des Gewissens sein, sie muß sich den großen Problemen unserer Zeit zuwenden: Menschenrechtsverletzungen, soziale Ungerechtigkeit, Umweltzerstörung.... Und was haben die 68er auch noch erreicht? Z.B. das Selbstbewußtsein der Frauen hat sich immens gesteigert; das sexuelle Verhalten ist viel freizügiger geworden; Homosexualität ist nicht mehr strafbar, über Pornografie regt man sich auch nicht mehr so auf....

Das waren nur einige Beispiele, wie die 68er unsere Gesellschaft verändert haben.

Bei der Bundestagswahl im September 1969 schlossen sich SPD und FDP unter ihren Parteivorsitzenden Willy Brandt und Walter Scheel zur sozial-liberalen Koalition zusammen. Willy Brandt wurde zum Bundeskanzler gewählt. Für seine Ostpolitik erhielt er 1971 den Friedensnobelpreis.